



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Der Junker Bismarck

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Humanitätsbegriff einer harten Prüfung unterwerfen. Wir sagen nicht die Humanität, sondern den Humanitätsbegriff, weil unter dem glänzenden Schilde dieses Begriffs seit hundert Jahren die schändlichsten Unmenschlichkeiten verübt werden, und zwar zu einem viel niedrigeren Zweck, als die Erhaltung der europäischen Kultur sein würde, nämlich zur Befriedigung der Habucht und niedriger Gelüste einzelner.

Außer der Humanität würde in diesem Fall allerdings auch das Christentum ins Gedränge geraten. Doch wir haben bereits gesehen, daß das Christentum, wenn auch das höchste, so doch nicht das einzige Kulturelement ist und daher zu keiner Zeit für sich allein den Gang und die Entscheidungen der Weltgeschichte zu bestimmen hat. Schmerzliche Gewissens- und Herzenskonflikte, gleich dem in diesem möglichen Falle bevorstehenden, bleiben dem frommen Christen zu keiner Zeit erspart. Indes das ist eine vorzeitige Sorge, vorläufig sind wir noch nicht so weit. Zur Lösung der oben bezeichneten nächsten Aufgabe aber, das sei zum Schlusse noch bemerkt, ist kein Volk so augenscheinlich berufen wie das deutsche, weil keins über eine gleiche Fülle geistiger und körperlicher Kraft und im Verhältnis zu seiner Seelenzahl immer noch erfreulicher leiblicher und sittlicher Gesundheit verfügt. Ewige Schmach würde es treffen, wenn es, der ihm winkenden großen Zukunft die Augen blöde verschließend, jene Schätze in dem kleinlichen Gezänk einer von der Hand in den Mund lebenden, von engherzigem Klasseninteresse geleiteten Parteipolitik verzettelte.



Der Junker Bismarck

Semper idem



neben ist der erste Band einer neuen „historisch-kritischen“ Ausgabe der Reden des Fürsten Bismarck in einer der Sache würdigen, vorzüglichen Ausstattung erschienen. *) Sind sie auch schon mehrfach vollständig oder in Auswahl veröffentlicht worden, so hat es doch diesen Sammlungen bisher nicht nur an der kritischen Genauigkeit gefehlt, sondern noch mehr an den für das volle Verständnis not-

*) Die politischen Reden des Fürsten Bismarck. Historisch-kritische Gesamtausgabe besorgt von Horst Kohl. Erster Band: Die Reden des Abgeordneten von Bismarck-Schönhausen im Vereinigten Landtage, im deutschen Parlament zu Erfurt und in der zweiten Kammer des preußischen Landtags 1847—1852. Mit einem Porträt des Fürsten nach Franz von Lenbach. Stuttgart, 1892, J. G. Cotta'sche Buchhandlung. XII und 430 Seiten.

wendigen Zusätzen. Der neue Herausgeber will den Leser befähigen, sich in den Gang der Verhandlungen hineinzuversetzen; er giebt deshalb den Gegenstand stets genau an und fügt außerdem aus den Äußerungen anderer Abgeordneter das hinzu, was zum vollen Verständnis der Bismarckschen Reden notwendig oder wenigstens wünschenswert ist. Auch begnügt er sich nicht damit, die größern Reden zu bringen, er giebt vielmehr auch die kurzen, gelegentlichen Äußerungen, namentlich die zahlreichen persönlichen Bemerkungen Bismarcks wieder und wird in den folgenden Bänden nicht minder die oft überaus wichtigen Reden in den Kommissionen mit aufnehmen. Bilden für alles, was der Abgeordnete und Minister in den Parlamenten gesagt hat, die stenographischen Niederschriften die kritische Grundlage des Textes, so müssen für die Kommissionssitzungen, wo solche fehlen, neben den amtlichen Protokollen die auf den Angaben der Abgeordneten beruhenden Berichte der Presse Ersatz leisten. Offenbare, meist kleine rein stilistische Versehen in den stenographischen Niederschriften sind im Texte verbessert, in den Anmerkungen aber sorgfältig verzeichnet. Da zudem ein genaues Personen- und Sachregister beigegeben ist, so dürfte die Ausgabe allen billigen Anforderungen entsprechen. Schließlich mag nur noch hervorgehoben werden, daß eine süddeutsche, keine preußische Verlagsbuchhandlung das Unternehmen gewagt hat — denn ein Wagnis bleibt es in Deutschland immer, namentlich nach Bismarcks Rücktritt —, und daß ein sächsischer Gymnasiallehrer (in Chemnitz), nicht ein preußischer, der Herausgeber ist, während das Berliner Komitee für das Bismarckdenkmal, von dem seit langer Zeit alles schweigt, eine Anfrage des Herausgebers, ob es nicht aus seinen reichen Mitteln (etwa eine Million Mark) ihm einen Beitrag für seine Arbeit gewähren wolle, nicht einmal beantwortet hat. Wollte man böseartig sein, so könnte man aus alledem allerlei Schlüsse ziehen und erbauliche Betrachtungen daran knüpfen. Doch sapienti sat — wir begnügen uns, die Thatsachen zu verzeichnen, und freuen uns, daß ein Gymnasiallehrer in solcher Weise den Dank der höhern deutschen Schulen dem großen Baumeister des deutschen Reiches darbringt, den Dank dafür, daß er ihrer Erziehungsarbeit die lange schmerzlich entbehrte Grundlage des nationalen Staates gegeben und in der Urkunde der „Schönhäuser Stiftung“ das höhere Lehrfach als „die Pflgestätte des nationalen Gedankens“ anerkannt hat.

Auf den ersten Blick scheint es, als ob politische Reden, die um vierzig und mehr Jahre zurückliegen und längst erledigte Fragen behandeln, weit geringeres Interesse erwecken müßten, als die spätern des Mannes, der erst Preußen und dann ganz Deutschland leitete. Bald aber entdeckt man mit Erstaunen, daß dies keineswegs zutrifft. Denn einerseits sind viele der damals erörterten Fragen auch für uns durchaus noch nicht abgethan, ja der seiner Zeit hart angegriffene und viel verkannte Standpunkt des Abgeordneten von Bismarck-Schönhäuser ist in vielen Punkten durch die Erfahrung der letzten

Zahrzehnte gerechtfertigt worden und liegt uns oft weit näher als die damals weit wirksamern Ausführungen seiner Gegner, die ihm gelegentlich wohl in dem stolzen Bewußtsein ihrer Überlegenheit „antediluvianische Anschauungen“ vorwarfen; andererseits haben wir in diesen Reden den werdenden Bismarck vor uns, den Mann, der in einer in deutschen Verhältnissen höchst ungewöhnlichen Weise ohne jede regelmäßige Beamtenlaufbahn aus der praktischen landwirtschaftlichen Arbeit und der parlamentarischen Thätigkeit unmittelbar in den diplomatischen Dienst an hervorragender Stelle eintrat und schon dadurch bekundete, daß er ein ganz ungewöhnlicher Mensch sein müsse. Das Erstaunen wächst, je mehr man erkennt, daß dieser werdende Bismarck eigentlich gar kein werdender, sondern schon ein gewordener, ein fertiger Bismarck ist. Mit andern Worten: der „Junker“ Bismarck, der Abgeordnete der Ritterschaft des Kreises Serichow in der Altmark und des Kreises Westhavelland-Zauche ist in der Art, sich zu geben und die Dinge aufzufassen, in seiner Redeweise, selbst in dem Kern seiner Anschauungen genau derselbe, wie der preußische Ministerpräsident und der Kanzler des deutschen Reichs. Nicht als ob er seitdem in seinem reichen und bewegten Leben nicht vieles gelernt und berichtigt hätte; sagt er doch selbst einmal, daß er es für männlich und offen halte, seinen Irrtum anzuerkennen, aber von seinen Grundansichten hat er später wenig zurückzunehmen gehabt. Diese Thatsache ist von solchem Interesse, daß es der Mühe wert scheint, das etwas im einzelnen nachzuweisen oder vielmehr unsrer schnelllebigen Zeit, die jene parlamentarischen Kämpfe längst vergessen hat, wieder einmal ins Gedächtnis zurückzurufen. Wir berühren zunächst das äußerliche. Bismarck war im Vereinigten Landtage, der überhaupt nur zweimal, vom 11. April bis zum 26. Juni 1847 und vom 2. bis zum 10. April 1848 tagte, Mitglied der Ritterschaft des Kreises Serichow in der Altmark; im preußischen Landtage gehörte er in vier Tagungen, Februar bis April 1849, August 1849 bis Februar 1850, November 1850 bis Mai 1851 und November 1851 bis Mai 1852, der zweiten Kammer als Abgeordneter des Kreises Westhavelland-Zauche an. Dazwischen vertrat er denselben Kreis im Volkshause des Unionsparlaments zu Erfurt im März und April 1850. Zum erstenmale ergriff er das Wort am 15. Mai 1847 in der Sitzung der Vereinigten Kurien (d. i. des Gesamtlandtags) zu einer kurzen Bemerkung, die erste wirkliche Rede hielt er in der Sitzung der Dreiständekurie am 1. Juni 1847. Seine Ernennung erst zum Geheimen Legationsrat, dann zum Bundestagsgesandten in Frankfurt a. M. (15. Juli 1851) nötigte ihn, sich einer Neuwahl zu unterziehen. Doch beteiligte er sich seitdem nur wenig an den Verhandlungen und sprach zum letztenmale in der zweiten Kammer am 30. April 1852. Eine Wiederwahl lehnte er ab, und als Mitglied des Herrenhauses (seit 21. November 1854) hat er nicht gesprochen.

Was nun vor allem ins Auge fällt und sein politisches Urteil in erster

Linie bestimmt, das ist Bismarcks streng monarchische Gesinnung. Sie beruht ebensosehr auf den Überlieferungen seines Hauses wie auf der Erkenntnis von dem eigentümlichen Entwicklungsgange des preußischen Staates. Das preußische Königtum ist ihm eben etwas ganz anderes als das in England, Frankreich oder Belgien, wo die Krone „aus den blutigen Händen der Revolution überreicht ist unter denjenigen Bedingungen, wie nun die Revolution für gut fand, jenen Dynastien aufzuerlegen.“ Von Haus aus unumschränkt, hat die preußische Krone aus freiem Willen 1847 den ersten Vereinigten Landtag berufen und mit bestimmten Rechten ausgestattet, auf die sie vorher verzichten mußte. Es ist daher, so führt Bismarck in seiner ersten größern Rede am 1. Juni 1847 aus, ganz unstatthaft, wenn dieser Landtag sie zu neuen Zugeständnissen drängen will, womöglich durch Verweigerung an sich berechtigter Forderungen. Von diesem Standpunkt aus gilt ihm die Märzrevolution schlechthin als eine rechtlose Rebellion. Mit voller Entschiedenheit lehnt er daher die Zumutung der Liberalen ab, dem König für seine Nachgiebigkeit durch eine Adresse zu danken, obwohl er die Veränderung als „durch die Gewalt der Umstände erzwungen“ annimmt, „nachdem die Krone selbst die Erde auf ihren Sarg geworfen hat,“ und noch im März 1849 verwirft er die Forderung einer Amnestie für politische Verbrecher, für „Rebellen,“ nicht nur, weil eine solche ein Recht des Königs sei, sondern auch, weil sie das ohnehin schwer erschütterte Rechtsbewußtsein des Volkes untergraben müsse, und zwischen entgegengesetzten Prinzipien es keine Verständigung gebe, sondern die Macht entscheide. Konstitutionell ist ihm später für Preußen lediglich, was die neue Verfassung (vom 5. Dezember 1848) enthält. Als daher im September 1849 bei den Beratungen über die Revision dieser Verfassung auch über die Umgestaltung des Artikels 108 („die bestehenden Steuern und Abgaben werden forterhoben, bis sie durch ein Gesetz abgeändert werden“) verhandelt wurde, da bekämpfte er aufs nachdrücklichste die Vorstellung, als ob der Landtag oder auch eine Kammer befugt sei, durch Verweigerung der bisher erhobnen Steuern das ganze Staatsleben zum Stillstand zu bringen und seinen Schwerpunkt zu Ungunsten der Krone zu verschieben, und als im Februar 1851 diese Frage zum erstenmale praktisch wird, weil der Staatshaushalt für das Jahr 1851 noch nicht durchberaten ist, da vertritt er diesen seinen Standpunkt wieder aufs entschiedenste, indem er dabei darauf hinweist, daß die Verfassung für einen solchen Fall nichts bestimme, sondern eine „Lücke“ enthalte, und geriet darüber mit dem Abgeordneten Simson hart zusammen. Elf Jahre später hatte er denselben Konflikt als Ministerpräsident durchzufechten. Jede Berufung auf das Beispiel parlamentarisch regierter Länder, wie sie der Liberalismus gemäß seinen naturrechtlichen Anschauungen liebte, lehnt er unbedingt ab, da es ein allgemein giltiges konstitutionelles Staatsrecht überhaupt nicht gebe. Er will vollends

nicht, daß reale Dinge geopfert werden, „um die nimmersatten Anforderungen eines Phantoms zu befriedigen, welches unter dem fingierten Namen von Zeitgeist oder öffentlicher Meinung die Vernunft der Fürsten und Völker mit seinem Geschrei betäubt.“ Vor allem die „Parallelen mit dem Auslande haben immer etwas Mißliches,“ so betont er schon im Vereinigten Landtage von 1847. Er verhehlt auch gar nicht, daß er vor zufälligen Mehrheiten und überhaupt vor Mehrheiten gar keinen Respekt hat, und sagt der zweiten Kammer einmal ins Gesicht, daß sie eine wahrhafte Volksvertretung gar nicht darstelle, weil eine solche überhaupt in einem großen Staate unmöglich, „eine Zirkelquadratur“ sei. „Wir sind keine Volksvertretung — sagt er ein andermal —, steigen wir herab von diesem Piedestal selbstgeschaffner Größe! Das preußische Volk, wie es in seinen acht Provinzen leibt und lebt, mit seinem Glauben und mit seinen Hoffnungen, mit seiner lebendigen Gliederung und seinen praktischen Bedürfnissen, findet sich in dieser Versammlung [der zweiten Kammer] nicht abge spiegelt und wiedergegeben. Die preußische Kammer ist eine immerhin noch mangelhafte Vertreterin der Steuerkraft, die nach dem Destillationsprozeß der doppelten Wahl etwas mehr als die Hälfte der Hälfte der steuerzahlenden Urwähler in jeder der drei Klassen repräsentirt. Das kann ich eine Volksvertretung nicht nennen“ (1851). Die preußische Verfassung ist ihm ein Gesetz wie andre Gesetze auch, keineswegs etwas besonders Heiliges und Ehrfurcht gebietendes. Doch sie ist feierlich beschworen, und er will daher nicht, daß leichtfertig daran gerüttelt werde, auch nicht von der Volksvertretung selbst. Aber er will es auch aus andern Gründen nicht. Er ist keineswegs ein Bewunderer der unbeschränkten Monarchie. „Der Absolutismus — sagt er am 4. Februar 1851 gerade heraus — fällt bei uns nach den gegebenen Zuständen zusammen in meiner Auffassung mit der Idee geheimrätlicher Allgewalt und dünkelfafter Professorenweisheit hinter dem grünen Tische, ein Produkt, und ich wage zu behaupten ein notwendiges Produkt derjenigen preußischen Erziehungsmethode, die dem Individuum, welches ihren Experimenten auf den Gymnasien und Universitäten unterworfen wird, den Glauben an jede Autorität in dieser und jener Welt nimmt und ihm nur den Glauben läßt an die eigne Unfehlbarkeit. Dieses Produkt, die Bürokratie, habe ich nie geliebt. Es wird mich dessen niemand beschuldigen.“ Sein Ideal ist also eine starke, auf historischem Grunde erwachsene Monarchie, ein Königtum von Gottes Gnaden, nicht von Volkes Gnaden, das unterstützt wird von einer in bestimmten Schranken gehaltenen Volksvertretung und namentlich über das Heer und die auswärtige Politik selbständig verfügt. Mehrmals ist er deshalb gegen die von liberaler Seite beabsichtigte Herabsetzung der Heeresausgaben energisch und mit einer bis ins einzelste gehenden Sachkenntnis aufgetreten; in warmen und schönen Worten feiert er die Bedeutung und die Verdienste des preußischen Offizierskorps, dem selbst anzugehören sein Stolz ist,

und scharf erklärt er sich, übrigens unter Berufung auf das Beispiel des englischen Parlaments, gegen die Einmischung der Volksvertretung in technisch-militärische Fragen, da es ihm sehr zweifelhaft ist, „ob eine Versammlung, bestehend aus Zivil- und Justizbeamten, aus Landräten, Bürgermeistern und Universitätslehrern, imstande ist, ein kompetentes Urteil zu fällen über die beste Organisation von Landwehrkadres, über Geschützgießereien und das Bohren von Geschützröhren, über Festungsbauten und über die Haltbarkeit Torgaus mit oder ohne Zinna.“ Auf die auswärtige Politik aber dürfe eine preußische Landesvertretung schon deshalb keinen Einfluß gewinnen, weil „bei uns die Mehrheitsbeschlüsse nur das schwankende Resultat einer sehr komplizierten Diagonale der Kräfte von fünf bis sechs Parteien liefern, von denen keine mit dem Ministerium in einer so notwendigen Verbindung steht, wie es in England und in allen eigentlich konstitutionellen Ländern mit der herrschenden Partei der Fall ist.“

Raum weniger schroff als in diesen Beziehungen tritt Bismarck den damals herrschenden Anschauungen insofern entgegen, als er stets offen bekennet, er sei stolz darauf, ein Preuße zu sein. Aber er steht dabei auf demselben historisch-thatsächlichen Boden. Schon in dem Vereinigten Landtage 1847 will er es nicht Wort haben, daß die Erhebung von 1813 „eines andern Motivs bedurft hätte, als der Schmach, daß Fremde in unserm Lande geboten.“ Darin daß Friedrich Wilhelm der Vierte unter dem Eindrucke der Märzrevolution sich an die Spitze Deutschlands stellen zu wollen erklärt hat, erblickt er „einen phaetonischen Flug der preußischen Politik,“ dem man nur mit Besorgnis nachsehe. Was in der Nationalversammlung zu Frankfurt festgestellt wird, das sind ihm „rechtlose Beschlüsse“; die dort soeben zum Abschluß gebrachte Reichsverfassung bezeichnet er als die „konstituirte Anarchie,“ weil sie auf dem Boden der Volkssouveränität stehe. Für Preußen insbesondere ist sie auch deshalb unannehmbar, weil es in dem geplanten Staatenhaufe nicht das entsprechende Gewicht in die Waagschale werfen könnte, und das Gold der deutschen Kaiserkrone, fürchtet er, werde nur durch „das Einschmelzen der preußischen Königskrone“ Wahrheit erhalten können. Er will nicht, daß sein König „zum Vasallen der politischen Glaubensgenossen der Herren Simon und Schaffrath herabsteigt, lieber, daß Preußen Preußen bleibt.“ Wohl habe es eine nationalpreußische Politik in der deutschen Einheitsbewegung gegeben, so führt er im September 1849 aus, als es sich um die preußische Union handelte. Ein Monarch wie Friedrich der Große „hätte die Wahl gehabt, sich nach dem Bruche mit Frankfurt an den alten Kampfgenossen, an Österreich, anzuschließen, dort die glänzende Rolle zu spielen, welche der Kaiser von Rußland [in Ungarn] gespielt hat, im Bunde mit Österreich den gemeinsamen Feind, die Revolution, zu vernichten. Oder es hätte ihm freigestanden, mit demselben Recht, mit dem er Schlesien eroberte, nach Ablehnung der Frank-

furter Kaiserkrone den Deutschen zu befehlen, welches ihre Verfassung sein solle, auf die Gefahr hin, das Schwert in die Wagschale zu werfen. Dies wäre eine nationale preußische Politik gewesen. Sie hätte Preußen im ersten Fall in Gemeinschaft mit Osterreich, im andern Fall durch sich allein die richtige Stellung gegeben, um Deutschland zu der Macht zu verhelfen, die ihm in Europa gebührt. Der vorliegende Verfassungsentwurf aber vernichtet das spezifische Preußentum, damit aber vernichtet er den besten Pfeiler deutscher Macht.“ Ganz in derselben Weise ist er später (1850) in Erfurt aufgetreten. Ohne stärkere Zugeständnisse an Preußen, an den preußischen Geist, ruft er dem Volkshause in der Augustinerkirche zu, werde sich die Verfassung nicht verwirklichen lassen, und „wenn Sie sich bemühen — fährt er fort —, diese Verfassung diesem preußischen Geiste aufzuzwängen, so werden Sie in ihm einen Bucephalus finden, der den gewohnten Reiter und Herrn mit mutiger Freude trägt, den unberufenen Sonntagsreiter aber mißsamt seiner schwarzrotgoldnen Zäumung auf den Sand setzt.“ Um den in seinen Augen bedenklichsten Mangel der Unionsverfassung zu heben, nämlich das aus den Vertretern der Einzelstaaten gebildete Staatenhaus, von dessen 167 Mitgliedern nur vierzig Preußen sein sollten, brachte Bismarck mit seinen Gesinnungsgenossen den Antrag ein, das Staatenhaus ganz fallen zu lassen und sich mit dem Fürstenhause (neben dem Volkshause) zu begnügen, dort aber die Stimmenverteilung „nach Maßgabe des frühern Plenums des deutschen Bundes“ vorzunehmen, ein Gedankengang, den bereits 1848 Prinz Wilhelm von Preußen in seiner berühmten Kritik des Dahlmannschen Verfassungsentwurfs für das deutsche Reich vertreten hatte, und der später im deutschen Bundesrate verwirklicht worden ist. Als dann die Union in Trümmer ging und Preußen wegen Kurhessens in Verwicklungen mit Osterreich und seinen Bundesgenossen geriet, da übernahm Bismarck die undankbare Aufgabe, die nachgiebige Politik Manteuffels zu verteidigen, indem er dem Entwurf einer Adresse an den König entgegentrat, die sich gegen die Wiederbelebung des Bundestages wandte. Seine Rede über diese Frage am 3. Dezember 1850, unmittelbar vor der Demütigung von Olmütz, wirkt noch jetzt nach mehr als vierzig Jahren mit der Kraft hinreißender Überzeugung, weil sie auf den einfachsten, rein menschlichen Beweggründen und streng sachlichen Erwägungen beruht. Das preußische Volk — so sagt er im Anfang — steht unter Waffen, aber alles Vertrauen fehlt, und dabei droht ein Krieg mit zwei Großmächten, vielleicht noch mit einer dritten [Frankreich]. Die Sache aber, um die es sich handelt, ist keine preußische, und es ist „eines großen Staates nicht würdig, für eine Sache zu streiten, die nicht seinem eignen Interesse angehört.“ Denn „die einzige gesunde Grundlage eines großen Staats, und dadurch unterscheidet er sich wesentlich von einem kleinen Staat, ist der staatliche Egoismus und nicht die Romantik.“ „Zeigen Sie mir, meine Herren, ein des Krieges würdiges Ziel,

und ich will Ihnen beistimmen. Es ist leicht für einen Staatsmann, sei es in dem Kabinett oder in der Kammer, mit dem populären Winde in die Kriegstrompete zu stoßen und sich dabei an seinem Kaminfeuer zu wärmen oder von dieser Tribüne donnernde Reden zu halten und es dem Musketier, der auf dem Schnee verblutet, zu überlassen, ob sein System Sieg und Ruhm erwirbt oder nicht. Es ist nichts leichter als das, aber wehe dem Staatsmann, der sich in dieser Zeit nicht nach einem Grunde zum Kriege umsieht, der auch nach dem Kriege noch stichhaltig ist. Ich bin der Überzeugung, Sie sehen die Fragen, die uns jetzt beschäftigen, nach einem Jahre anders an, wenn Sie sie rückwärts durch eine lange Perspektive von Schlachtfeldern und Brandstätten, Elend und Jammer, von hunderttausend Leichen und hundert Millionen Schulden erblicken werden. Werden Sie dann den Mut haben, zu dem Bauer auf der Brandstätte seines Hofes, zu dem zusammengeschossenen Krüppel, zu dem kinderlosen Vater hinzutreten und zu sagen: »Ihr habt viel gelitten, aber freut euch mit uns, die Unionsverfassung ist gerettet!« Die preußische Ehre, namentlich die Ehre der preußischen Armee ist nicht verletzt, wenn Preußen auf einem falschen Wege jetzt Halt macht und zurückweicht. Geht es weiter, so würde es zum Bunde mit allen radikalen Elementen gedrängt werden, wie Piemont in Italien, dessen Rolle es nicht spielen darf, und für eine Sache fechten, die an sich gar nicht lebensfähig ist, für die Union, ein zwitterhaftes Produkt furchtsamer Herrschsucht und zahmer Revolution.“

„Möge jeder — sagt er am Schluß —, der diesen Krieg hindern könnte und es nicht that, bedenken, daß das Blut, welches in solchem Kriege vergossen wird, in seinem Schuldbuche steht; möge ihn der Fluch jedes ehrlichen Soldaten treffen, der für eine Sache stirbt, die er im Herzen verdammt und verachtet, und möge dieser Fluch schwer auf seiner Seele lasten am Tage des Gerichts.“ Aus solchen Worten spricht derselbe Mann, der als Minister die deutsche Frage „mit Blut und Eisen“ in preußischem Sinne zu lösen den Mut hatte und die deutsche Gesamtverfassung nicht auf die Volkssouveränität, sondern auf den Bund der Regierungen gründete, aber auch derselbe, der noch am 6. Februar 1888 erklärte, daß er niemals zu einem Kriege raten werde, dessen Berechtigung im Volksbewußtsein nicht über allen Zweifel erhaben sei, und der aus diesem Grunde 1867 dem Kriege um Luxemburg auswich, „obwohl Moltke versichert hatte, daß wir siegen würden.“ Zunächst freilich hielt er von jenen beiden Wegen, die Preußen 1849 nach der Ablehnung der Kaiserkrone hätte einschlagen können, den ersten, die Verständigung mit Oesterreich, für den empfehlenswertern. Er nennt es eine seltsame Bescheidenheit, in Oesterreich deshalb keine deutsche Macht zu sehen, weil es das Glück habe, fremde Völker zu beherrschen — es ist der Standpunkt Schwarzenbergs und Bachs, freilich nicht der des Ausgleichs von 1867 und der „Versöhnungspolitik“ des Grafen Taaffe —, aber er will ein preußisch-oesterreichisches Ein-

vernehmen nur unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß beide Staaten als „die beiden gleichberechtigten Schutzmächte Deutschlands“ neben einander stehen. In solcher Absicht ging er 1852 als Gesandter nach Frankfurt. Er überzeugte sich dort rasch, daß Österreich das gar nicht wolle, aber noch 1864, selbst noch 1866 kam er auf diesen Grundgedanken zurück, und seine Schuld war es nicht, wenn schließlich nicht verwirklicht wurde, woran er lange und zäh festgehalten hatte.

Preußische und deutsche Gesinnung schloß sich eben bei ihm niemals aus, wie bei den konservativen Heißspornen, die am liebsten Preußen in ein stillvergnügtes Sonderdasein im Osten der Elbe zurückversenkt hätten, den Besitz der westlichen Provinzen als ein Unglück betrachteten und die ganze deutsche Politik seit 1862 verdammten, weil sie das für alle Zeiten unmöglich gemacht hat. Freilich trat bei Bismarck in jenen Jahren 1847 bis 1852 der preußische Standpunkt schon deshalb besonders schroff hervor, weil er im gegnerischen Lager auf so viele unpreußische Gesinnung stieß und außerhalb Preußens seinen Staat überall verkannt, verletzert und verspottet sah. Im Grunde war er ein viel besserer Deutscher als die Durchschnittsliberalen jener Jahre, und es bedurfte daher keineswegs der oft vorausgesetzten „Bekehrung“ des „Stoßpreußen“ und „Junkers“ Bismarck zu deutscher Gesinnung. Die „Nachbeterei fremder Zustände“ ist ihm im Grunde des Herzens zuwider, und die liberal-konstitutionelle Theorie bekämpft er schon deshalb, weil sie ein fremdes Gewächs ist. „Ich möchte den Herren — ruft er schon im Vereinigten Landtage 1847 seinen Gegnern zu —, die so gern ihr Ideal jenseits der Vogesen suchen, eins zur Richtschnur empfehlen, was den Engländer und Franzosen auszeichnet, das ist das stolze Gefühl der Nationallehre, welches sich nicht so leicht und so häufig dazu hergiebt, nachahmenswerte und bewunderte Vorbilder im Auslande zu suchen, wie es hier bei uns geschieht.“ Mit Stolz blickt er auf die Zeit der Hohenstaufen zurück, und mit großer Befriedigung betont er, daß sich Deutschland unter dem Bundestage eines großen Ansehens im Auslande erfreut habe, und das Streben nach der deutschen Einheit findet er für jeden Deutschen selbstverständlich. „Die deutsche Einheit will ein jeder, den man darnach fragt, sobald er nur deutsch spricht.“ Als guter Deutscher findet er auch die damals beliebten Pläne der Regierung (des Ministeriums Auerwald) für eine „polnisch-nationale Entwicklung des Großherzogtums Posen“ sehr bedenklich (April 1848), während bekanntlich die gesinnungstüchtigen Liberalen damals für die Polen schwärmten und kein Bedenken trugen, das schon halb deutsche Posen ihnen thatsächlich auszuliefern.

Wenn sich Bismarck durch seine parlamentarische Thätigkeit den Vorwurf zuzog, ein Junker zu sein, eine Bezeichnung, die er übrigens bekanntlich keineswegs abwies, so beruht das noch mehr als auf seinen politischen Anschauungen auf der Art, wie er die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse behandelte,

und doch ist der Vorwurf, der in jenem Namen lag, hier mindestens ebenso ungerecht wie dort; ja man wird sagen müssen, daß ihm unsre Zeit darin näher steht als die seinige, daß er schon damals die ganze innere Hohlheit und die verderblichen Folgen des „liberalen“ Manchesterturns durchschaut hat. Nicht bloß als Edelmann, sondern als Kenner der Geschichte tritt er für den preußischen Adel und den Adel überhaupt ein, was ja allerdings allein schon genügte, ihn in den Ruf eines Stockreaktionärs zu bringen. „Die ganze Haltlosigkeit der Zustände sämtlicher Staaten des europäischen Kontinents — sagt er im Oktober 1849 in der zweiten Kammer — läßt sich in ihrem Keim auf die Zeit zurückführen, wo die überwiegende Fürstengewalt den unabhängigen Adel unterdrückte, eine Richtung, welche sich in Preußen in dem Ausspruch Friedrich Wilhelms I. verkörperte: *J'etablire die Souveränité comme un rocher de bronze.**) England ist einen glücklichern Weg gegangen, es hatte keinen Richelieu, welcher die Köpfe abschlug, in denen eine Erbweisheit sondergleichen wohnt.“ Schöner und wahrer, als es Bismarck in seiner Rede über die Zusammenkunft der ersten Kammer am 24. Oktober 1849 that, sind die Verdienste des preußischen Adels um den Staat niemals geschildert worden. „Von dem Schlachtfelde an der Brücke bei Warschau, wo der Große Kurfürst den Grund zur Unabhängigkeit Preußens legte (1656), bis unter die Mauern von Rastatt (1849) werden Sie finden, daß überall die Wurzel preußischer Freiheit reichlich mit dem Blute seiner edeln Geschlechter getränkt ist. Die geworbne Armee, mit welcher Friedrich der Große Preußen vor Zerstückelung und Unterjochung schützte, wäre eine Unmöglichkeit gewesen, wenn der Adel nicht die Handhabe dazu bot in Gestalt des Offiziercorps. Am Schlusse des siebenjährigen Krieges standen Kadetten als Führer vor der Armee, die einzigen Überlebenden ihrer Familien. Im Anfange dieses Jahrhunderts sind die Vorrechte des Adels, die er durch langjährigen Besitz als seine Rechte zu betrachten gewohnt war, durch die Gesetzgebung aufgehoben worden — — aber als der König im Jahre 1813 das Volk zu den Waffen rief, waren die Söhne des preußischen Adels in den ersten Reihen derer, welche bereit waren, Gut und Blut einzusetzen für die Erhaltung des Königshauses und des Vaterlandes, deren Gesetzgebung ihnen diese großen Opfer angeschlossen hatte. Auch in der neuesten Zeit dürfen Sie die Verdienste dieses Standes um Unterdrückung der Anarchie und um Rettung Preußens von der schmachlichsten Tyrannei nicht zu gering anschlagen.“ Er steht deshalb nicht an, die damals geplante Aufhebung der Befreiungen von der Grundsteuer und die Ablösung der Reallasten in Verbindung mit der Errichtung von Rentenbanken, worüber im Dezember 1849 verhandelt wurde, als eine Beraubung des Adels zu bezeichnen, als die von manchem so lange gesuchte Kunst, den Gläubiger mit

*) Genauer: *J'etablire die souveraineté wie einen rocher von bronze.*

seinem eignen Gelde zu bezahlen, was sich vielleicht für die Staatsgläubiger noch mehr empfehlen würde, und er will zwar die Aufhebung der adlichen Patrimonialgerichte nicht rückgängig machen, möchte aber auch ihre guten Seiten, die Billigkeit des Verfahrens, die weit größere Zahl der Gerichtsstellen (7000 gegen 200 nach der damaligen Gerichtsverfassung), die es dem Rechtsuchenden leicht machte, und die genaue Bekanntschaft der Patrimonialrichter mit Land und Leuten bei großer Unabhängigkeit nicht verkannt wissen und hält deshalb die Aufhebung nur für „eine der vielen Konzeffionen, die man der Theorie und einem angeblichen Zeitgeiste“ gemacht habe, während er zugleich den neu eingeführten Schwurgerichten nur das eine, in seinen Augen offenbar sehr zweifelhafte Verdienst zuerkennt, daß sie eine Garantie gegen die Bestrafung politischer Verbrecher böten. Bei solchen Anschauungen von der Bedeutung des Adels erfüllt ihn natürlich die Art, wie die Demokratie die Tagelöhner der Ostprovinzen zur Begehrlichkeit aufstegte und Besitz und Rechte des Adels gewissermaßen für vogelfrei erklärte, mit tiefer Erbitterung. In einer erblichen Pairie (wie sie später das Herrenhaus der Hauptsache nach verwirklichte) sieht er die Bürgerschaft dafür, „daß die preußische Verfassung zwischen der Scylla eines wohlthuernden Säbelregiments und der Charybdis der Jakobinerherrschaft glücklich hindurchgeschifft ist,“ oder die Institution, die dem Staatsschiff das nötige Gleichgewicht verleiht, „sowie Kiel und Steuer die notwendigen Gegenstücke zu der treibenden Kraft der Segel sind, welche von dem Wehen des Zeitgeistes gebläht werden.“ Als ein echter Edelmann tritt er auch für das Recht der Bauern ein, denn beide Stände haben in gesunden Verhältnissen immer zusammengehört. Mit voller Sachkenntnis, die nichts von bürokratischen Abstraktionen hält, erklärt er sich einmal (1849) für die Erhaltung der alten bäuerlichen Nutzungsrechte in herrschaftlichen und königlichen Forsten, für die der Gesetzentwurf über die Ablösung der Waldservitute eine nutzlose Entschädigung in Land gewähren wollte. „Land haben sie, und Streu brauchen sie [die Bauern]; statt dessen vermehrt man ihr Bedürfnis an Streu“ — in diese kurzen Worte faßt er die Sache schlagend zusammen.

Überhaupt tritt er als Anwalt für die Interessen des platten Landes gegen die liberale Bevorzugung der Städte, namentlich der großen Städte, auf. Die erste Gelegenheit dazu bot ihm im Vereinigten Landtage von 1848 der Antrag der Kommission der vereinigten Kurien, daß der Landtag eine Garantie bis zu fünfundzwanzig Millionen Thalern übernehme, um gemeinnützige Unternehmungen teils zur Milderung vorübergehender Notzustände, teils zur Erhaltung und Förderung des Handels, gewerblicher und wirtschaftlicher [soll heißen: landwirtschaftlicher] Interessen zu fördern. Bismarck fürchtet, „daß das leitende System der Finanzen [Minister war damals der Rheinländer Hansmann] die Zustände unsers Vaterlandes mehr durch die Brille

des Industrialismus auffaßt, als mit dem klaren Auge des Staatsmanns, der alle Interessen des Landes mit gleicher Unparteilichkeit überblickt — daß bei der neuen Belastung die Last vorzugsweise auf das platte Land und auf die kleinen Städte gewälzt werden wird, und daß die Verwendung der aufgebrachten Mittel überwiegend der Industrie und dem Geldverkehr der größern Städte zu gute kommen wird.“ Er sieht in dem ganzen Plane wesentlich einen Versuch, die Bevölkerung der größern Städte durch eine neue Konzession für Ruhe und Ordnung zu gewinnen, wie er später 1851 einmal sagt, man habe es vorgezogen, „die Ruhe der großen Städte mit Geld zu erkaufen, anstatt sie mit Kartätschen zu erzwingen.“ Am allerwenigsten ist er geneigt, „das wahre preußische Volk“ in der Bevölkerung der großen Städte zu sehen, die sich „von ehrgeizigen und lügenhaften Demagogen leiten läßt,“ und er fügt die drohenden Worte hinzu: „Das wahre preußische Volk wird vielmehr, wenn die großen Städte sich wieder einmal erheben sollten, sie zum Gehorsam zu bringen wissen, und sollte es sie vom Erdboden tilgen“ (1852). Mit scharfem Blick durchschaut er schon damals die Gefahren, mit denen das Überwuchern der Industrie und des Kapitalismus, die vor vierzig Jahren doch noch in den Anfängen standen, die gesamte Volkswirtschaft und damit die Gesellschaft bedrohen. Die Gewerbefreiheit hat eine ungesunde Überproduktion geschaffen und droht den gewerblichen Mittelstand, den Handwerkerstand zu vernichten zu Gunsten des Fabrikbetriebs. Er steht nicht an, eine Hauptschuld an diesen Zuständen dem ihm höchst widerwärtigen „Geheimratsliberalismus,“ der Neigung eines großen Teils der Bürokratie für Nivellierung und Zentralisierung beizumessen, der kräftige und geschlossene Innungsverbände fast ebenso unangenehm seien, als die verwegnen Neuerungsgehrten der roten Demokratie. Den Schutz dagegen sieht er nach seinen großen Reden über die Verordnung, einige Abänderungen der Gewerbeordnung und die Errichtung von Gewerberäten betreffend (18. und 19. Oktober 1849), in der Wiederherstellung der Zwangsinnungen oder mindestens des Befähigungsnachweises und in der Affoziation der Innungen, wovon er Beseitigung der maßlosen, ruinirenden Konkurrenz, Verringerung der bis ins Unfünfte gesteigerten Arbeitsteilung und Verbesserung in der Ausbildung der Lehrlinge hofft. Er würde eine Gesetzgebung, die diesen berechtigten Interessen zu Hilfe käme, für ebenso berechtigt halten wie den Schutz Zoll, denn „Schutz Zoll und Zunftzwang legen einem Teile der Bevölkerung zum Vorteil des andern Opfer auf, nämlich die Verpflichtung, die Waren teurer zu bezahlen als sonst, um den andern Teil der Bevölkerung in Brot zu erhalten und zu schützen.“ „Der Zunftzwang soll dazu dienen, von dem ganzen großen Gewerbebestande Elend und Anarchie abzuwehren.“ Er stellt dabei die gesunden Zustände des platten Landes, namentlich der ihm „gründlich bekannnten“ östlichen Provinzen, wo ländliche Tagelöhner nach fleißiger Arbeit in den kräftigen Jahren wohl imstande seien, sich

eine Kolonistenstelle oder einen kleinen Bauernhof zu kaufen, wo also eine strenge Scheidung zwischen den Arbeitgebern, den Grundbesitzern und den Arbeitern nicht besteht, den Verhältnissen in den westlichen Industriebezirken gegenüber, wo er nie gesehen hat, daß die Fabrikarbeiter große Kapitalien zurückgelegt oder sich bereichert hätten, wo also diese unglückliche Scheidung längst eingetreten ist. Damit trifft er die schlimmste Seite, den ärgsten Schaden des modernen Fabrikbetriebes. Er hat das auch später als Minister nicht ändern können, und doch hört man aus diesen Worten schon den Staatsmann heraus, der für den Schutz der Landwirtschaft und des Handwerks so viel gethan, und der mit seiner Sozialreform der manchesterlichen Ausbeutung des Arbeiterstandes durch die Großindustrie zuerst energisch Halt geboten hat.

Dem er betrachtet den Staat nicht als eine Polizeianstalt zur Erhaltung der äußern und innern Sicherheit; der christliche Staat hat für ihn die Aufgabe, die christliche Lehre zu verwirklichen. Ihm gilt dieser Begriff nicht als eine „müßige Fiktion, eine Erfindung neuerer Staatsphilosophen“; dieser Begriff ist vielmehr so alt, wie sämtliche europäische Staaten, der Boden, in dem sie Wurzel geschlagen haben, und ohne den sie — „aus den vagen und wandelbaren Begriffen von Humanität“ heraus — gar kein Recht haben, Ideen wie die der Kommunisten über die Immoralität des Eigentums zu bekämpfen. Von diesem Standpunkte aus hält er die Emanzipation der Juden für „keinen Fortschritt,“ und in keinem Falle will er, daß ihnen das Recht eingeräumt werde, obrigkeitliche Ämter zu bekleiden, denn für die Zwecke des christlichen Staates können sie nicht mitwirken. Er glaubt auch nicht wie manche seiner Gegner, daß sie sich ändern, sich ihren christlichen Mitbürgern assimiliren würden. Daran wird sie schon die Starrheit ihrer Gesetzlichkeit hindern, und er wünscht daher Maßregeln gegen die Masseneinwanderung polnischer Juden. Aus gleichem Grunde erklärt er sich später gegen den Artikel 16 der Verfassung über die obligatorische Zivilehe (November 1849). „Indem Sie die Zivilehe einführen, ordnen Sie an, daß der kirchliche Segen, der bisher die Gültigkeit der Ehe allein vollständig bewirkte, als unnützes Zubehör beiseite geschoben werden soll; Sie verordnen, daß der Pfarrer dem Schreiber, der Altar dem Polizeibüreau Platz machen soll.“ Dann faßt er seine ganze Anschauung in die klassischen und prophetischen Worte zusammen: „Ich glaube nicht, daß es Aufgabe der Gesetzgebung sein kann, das, was dem Volke heilig ist, zu ignoriren. Ich glaube im Gegenteil, daß, wenn die Gesetzgebung das Volk leiten und lehren will, es ihre Aufgabe ist, dahin zu wirken, daß das Volksleben sich in allen Verhältnissen fest auf den Stab des Glaubens an die Segnungen der Religion stütze, nicht aber diesen Stab da, wo er vorhanden ist, als ein unnützes Zubehör von Obrigkeit wegen verwerfe und so die Achtung vor der Kirche und den religiösen Einrichtungen da, wo sie tiefe Wurzeln im Volksleben geschlagen hat, untergrabe, und dies in einer Zeit,

die uns mit blutiger Schrift gelehrt hat, daß da, wo es den Freigeistern, die sich gebildet nennen, gelungen ist, ihre Gleichgiltigkeit gegen jedes positive Bekenntnis den großen Massen insoweit mitzuteilen, daß bei ihnen von dem Christentum als schaler Bodensatz nur eine zweideutige Moralphilosophie übrig geblieben ist, daß da nur das blanke Bajonett zwischen den verbrecherischen Leidenschaften und dem friedlichen Bürger steht, daß da der Krieg aller gegen alle keine Fiktion ist.“ Doch hofft er noch zu erleben, „daß das Narrenschiff der Zeit an dem Felsen der christlichen Kirche scheitert.“ In dem Gedränge des ihm aufgezwungenen Kulturkampfes hat der Reichskanzler Bismarck bekanntlich später die Einführung der Zivilehe geschehen lassen, aber er hat die eigentliche Verantwortung für den Kulturkampf immer von sich abgelehnt, und stets hat er sich mit derselben männlichen Offenheit wie 1849 zum positiven evangelischen Christentum und zur Überzeugung von der christlichen Grundlage des Staatslebens bekannt.*)

Wahrlich, nicht eine Anzahl zusammenhangsloser oder gar einander widersprechender Sätze tritt uns in diesen Reden des Abgeordneten Bismarck entgegen, sondern eine durchaus selbständige, eigenartige, in sich folgerichtige, abgeschlossene, auf persönliche und geschichtliche Erfahrung, also auf Thatfachen und nicht auf vorgefaßte Meinungen begründete Anschauung vom staatlichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und religiösen Leben der Völker. Und wie wirkungsvoll weiß er sie darzustellen! Überall faßt er die Dinge vom Standpunkte des praktischen Staatsmannes, alles bemüht er sich auf die einfachsten Gründe und Begriffe zurückzuführen und aus der Geschichte zu beleuchten. Den Wert des Adels und einer erblichen Pairie erläutert er u. a. aus dem aristokratischen Charakter der antiken Demokratien, die thatsächlich Massenaristokratien über einer weit zahlreichern Sklavenschaft waren; die konstitutionell-parlamentarischen Liebhabereien der Liberalen bekämpft er durch den schlagenden Hinweis auf die völlige Verschiedenheit der englischen Zustände und das „eklatante Fiasco“ des französischen Parlamentarismus in der Februarrevolution. Eine Fülle bildlicher Wendungen, ausgeführter Gleichnisse und sicher treffender allgemeiner Sätze erhöht diese Anschaulichkeit. Er warnt seine Landsleute vor dem „Messusgewande der französischen Staatslehre,“ ein andermal vor dem „fadenscheinigen Rocke der französischen Konstitution,“ spricht von dem „Schaumsprizzen der Märzwellen“ oder von dem „Märzfiieber des vorigen Jahres“ und von der „moralischen Brunnenvergiftung durch die Presse,“

*) Noch ausführlicher und eingehender entwickelt Bismarck diese Gedanken und seine persönliche Stellung zum Christentum in einer Unterhaltung in Ferridres am 28. September 1870, die M. Buch in seinem trefflichen Buche: „Graf Bismarck und seine Leute während der Krieges mit Frankreich“ I, 209 ff. mitteilt. Es sei bei dieser Gelegenheit wieder einmal auf diese Aufzeichnungen hingewiesen, die uns den großen Staatsmann menschlich näher bringen als alles andre, abgesehen von seinen Briefen.

von dem „kalten Eisen der Reaktion“ und „der Heckenjähre aus Frankfurt,“ die die Fittiche des preußischen Adlers nicht stützen dürfe. Die Zivilehe ist ihm „ein sprachlicher und materieller Gallizismus,“ die Phrase „der schönste Schmuck der Verfassung.“ Die deutschen Volksvertretungen haben nicht „Selbstdenker“ geliefert, sondern nur „Übersetzer französischen Makulatur“ (sic). Dem schon erwähnten Wilde vom Bucephalus stehen andre ebenbürtig zur Seite. So warnt er das Erfurter Parlament davor, so unbesonnen vorzugehen „wie ein hitziger Fuchsjäger, der über eine Mauer in einen Sumpf setzt, ohne zu wissen, wie er und sein Pferd wieder herauskommen werden,“ oder er nennt das Vereinsrecht „die konstitutionelle Delila, die dem Simson der Monarchie die Locken verschneidet, um ihn den demokratischen Philistern wehrlos in die Hände zu liefern.“ Er spottet über „die weinerliche Sentimentalität unsers Jahrhunderts“ und findet, „daß in dieser wunderlichen Zeit der Starke schwach ist durch seine Bedenklichkeit, der Schwache stark durch seine Dreistigkeit.“ Scharfe Ironie steht ihm ebenso gut zu Gebote wie schalkhafter Humor, rückhaltlose, furchtlose Offenheit verbindet sich mit einer erstaunlichen Schlagfertigkeit in der Abwehr feindlichen Angriffs, die oft blitzschnell selber zum Angriff übergeht. Wir müßten ganze Seiten der Reden ausschreiben, um dies im einzelnen zu belegen, und verweisen deshalb den Leser auf die Reden selbst. Durch das Ganze zieht es dabei trotz aller Schärfe der Polemik wie eine stille, innere Heiterkeit und eine wohlthuende Herzenswärme, die doch wieder weit entfernt ist von jedem Pathos. Es ist ein ganzer Mann, der hier spricht, und auch hierin, in der Art seines Redens, ist der „Junker“ Bismarck derselbe wie der Ministerpräsident und Reichskanzler.

Man fragt schließlich erstaunt: wie ist es nur möglich gewesen, diesen Mann anderthalb Jahrzehnte hindurch so vollständig zu verkennen, wie es thatsächlich geschehen ist, in ihm das gehaßte Urbild des beschränkten, hochmütigen, feudalen Junkers, des verfassungsfeindlichen Absolutisten zu sehen und ihm mit einem blinden Mißtrauen, einem unbelehrbaren Hass zu begegnen, die erst vor den Erfolgen des böhmischen Krieges gewichen und — leider! — niemals vollständig zerstört worden sind? Es erklärt sich das weniger aus dem immer selbstbewußten und stolzen, oft rücksichtslosen Auftreten des Edelmanns, der allen Lieblingsanschauungen des bürgerlichen Liberalismus ins Gesicht schlug, als vielmehr aus der Unfähigkeit dieses Liberalismus, einen andern Standpunkt als den seinigen auch nur unbefangen zu verstehn. Heute ist dieser Liberalismus ein überwundener Standpunkt, den die Geschichte der letzten Jahrzehnte gerade in seinen Kernsätzen ad absurdum geführt hat, die Anschauungen des Abgeordneten Bismarck aber haben neue Wahrheit gewonnen. Und auch von diesem Gesichtspunkt aus wünschen wir dieser neuen Ausgabe seiner Reden gedeihlichen Fortgang und nicht nur zahlreiche Leser, sondern auch recht viele Käufer und Besitzer. Nach ihrer Vollendung wird das deutsche Volk

(und mit ihm die ganze gebildete Welt) nicht nur ein unvergleichliches Denkmal seiner nationalstaatlichen Entwicklung in den Händen haben, die Geschichte der letzten vierzig Jahre in den Reden seines größten Staatsmanns, der diese Geschichte gemacht hat, sondern auch einen unerschöpflichen Schatz politischer Weisheit und Erfahrung und ein sprachliches Denkmal allerersten Ranges, einen Schatz, der freilich erst, wenn er in handliche Kleinmünze umgeprägt wird, seine volle Wirksamkeit entfalten kann. Der große Mann aber, der seine eigne Unsterblichkeit erlebt, kann auch und nicht zum wenigsten von seinen Reden sagen:

Exegi monumentum aere perennius.



Die Erziehung der Knaben zur praktischen Arbeit



n Lienhardt und Gertrud, dem Volksbuche des Meisters deutscher Pädagogik, steht der Satz: „Wer aus dem Wissen sein Handwerk macht, der hat sehr acht zu geben, daß er das Thun nicht verlerne.“

Die Freunde der Knabenhandarbeit in Deutschland sind überzeugt, daß unsre Knabenerziehung von diesem Satze betroffen werde, daß diese allzusehr nur aus dem Wissen ihr Handwerk mache, und ihre Zöglinge darum in Gefahr schweben, das Thun zu verlernen. Es scheint uns nötig, dem Knaben im Gegensatz zu der vorwiegend oder ausschließlich passiven Aufnahme des Lehrstoffes, zu der er jetzt bestimmt wird, die Möglichkeit zu verschaffen, daß er sich auch bethätige, daß ihm Raum gegeben werde, im frischen Rühren und Regen der eignen Kraft seine Persönlichkeit zu entfalten.

Und wenn Amos Comenius, der geniale, seiner Zeit weit vorausseilende Pädagog des siebzehnten Jahrhunderts, dessen dreihundertjährigen Geburtstag wir jetzt begangen haben, sagt: „Nur durch Thun gelangt der Mensch zu wahrhaftigem Sein,“ so ist er damit ein prophetischer Verkündiger dessen, was die Freunde der erziehenden Knabenhandarbeit in allen Kulturländern heute erstreben. Damit das junge Geschlecht zu wahrhaftigem Sein heranwache, scheint es ihnen nötig, das Thun schon in der Erziehung zu seinem Rechte kommen zu lassen. Wir wollen den theoretischen Schulunterricht ergänzt wissen durch praktische Beschäftigung.

In der Forderung, daß sich das Kind bethätigen, daß es beobachten und erfahren und damit selbst an seiner Erziehung helfen solle, ist der Schwerpunkt der ganzen Bewegung für den Arbeitsunterricht und der schärfste Gegensatz zu der von außen hinein erziehenden Pädagogik gegeben. Hier liegt nicht